

2006

Statistik Kommunal

Bahlingen am Kaiserstuhl



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

316002



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Impressum

Statistik Kommunal 2006

Artikel-Nr. 8035 06001

Herausgeber und Vertrieb
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Preis
7,00 Euro zuzüglich Versandkosten

Fotonachweis
Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

© Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2006

Vervielfältigung und Verbreitung, auch
auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

2006

Statistik Kommunal

Bahlingen am Kaiserstuhl

Entwicklung und Realisierung

■ **Projektleitung:** Cornelia Schwarck ■ **Konzeption:** Jutta Demel ■ **Datenaufbereitung:** Bettina Kopecky, Walter Weltin, Martin Winter ■ **Prüfung:** Barbara Konrad ■ **Programmierung:** Wilfred Berger, Thomas Rein ■ **Redaktion:** Andrea Jautz ■ **Technik/DTP:** Claudia Hierath, Wolfgang Werner

Einführung und Inhalt

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg veröffentlicht mit dieser Ausgabe zum zweiten Mal die Themen übergreifende gemeindespezifische Publikation: Statistik Kommunal, eine Darstellung gemeinderelevanter Daten in knapper und übersichtlicher Form. Die Publikation bietet in 16 Tabellen und 9 Schaubildern mit rund 1 000 Daten wichtige statistische Informationen für jede einzelne Gemeinde Baden-Württembergs. Kurze, allgemein verständliche Texte zu den 10 Kapiteln – mit Landeswerten zum Vergleich – runden die Publikation ab.

Das Spektrum der Themen reicht von „Bevölkerung“ über „Wahlen“, „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“, „Verkehr“ bis hin zu „Kommunalfinanzen“. Die Kenngrößen werden zum jeweils aktuellen verfügbaren Stand dargestellt. Grundsätzlich ist die zeitliche Entwicklung aus dem kurzfristigen Vergleich (zum Vorjahr) und langfristig abzulesen. Gelegentliche Ausnahmen von dem Prinzip des kurz- und langfristigen Vergleichs sind zum Beispiel durch Statistiken bedingt, in denen zwischen den einzelnen Erhebungszeitpunkten längere Zeiträume liegen.

Für Statistik Kommunal wurden Daten aus der Struktur- und Regionaldatenbank des beim Statistischen Landesamt geführten Landesinformationssystem Baden-Württembergs verwendet. Bedingung für die Aufnahme der Daten war, dass diese auf Gemeindeebene vorliegen. Bei einzelnen Gemeinden kann es vorkommen, dass einige gemeindespezifischen Ergebnisse der statistischen Geheimhaltung unterliegen und nicht ausgewiesen werden können. Die Veröffentlichung ermöglicht dem Leser dennoch, sich umfassend über seine Gemeinde zu informieren und diese im Vergleich einzuordnen. Weitere Gemeindedaten entnehmen Sie bitte unserem Internetangebot: statistik-bw.de.

Gemeindedaten im Überblick	4
Zeichenerklärung	6
Fläche	7
Bevölkerung	8
Bildung	10
Wahlen	11
Landwirtschaft	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	13
Verkehr	14
Wohnen	15
Wasserwirtschaft	16
Kommunalfinanzen und Gemeindepersonal	17
Fußnoten	18
Erläuterungen und Definitionen	19

Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
Fläche		
Fläche insgesamt 2004	ha	1 266
Bevölkerung		
Bevölkerung Ende 2005	Anzahl	3 823
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2005	Anzahl	+ 15
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2005	Anzahl	+ 19
Bevölkerungszu-/abnahme 2005	Anzahl	+ 34
Bildung ¹⁾		
Schüler an allgemein bildenden Schulen insgesamt 2005/2006	Anzahl	251
Schüler an Grund- und Hauptschulen 2005/2006	Anzahl	251
Schüler an Realschulen 2005/2006	Anzahl	–
Schüler an Gymnasien 2005/2006	Anzahl	–
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2005/2006	Anzahl	31
Landwirtschaft		
Landwirtschaftliche Betriebe 2005	Anzahl	156
Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2005	ha	694
Beschäftigung und Arbeitsmarkt ²⁾		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2005	Anzahl	1 182
Pendlersaldo 2005	Anzahl	– 159
Arbeitslose insgesamt 2005	Anzahl	71
Arbeitslose Frauen 2005	Anzahl	33
Verkehr		
Kraftfahrzeugbestand 2005	Anzahl	3 142
Straßenverkehrsunfälle 2005 ³⁾	Anzahl	21
Verunglückte Personen 2005	Anzahl	15
Wohnen		
Wohngebäude 2005	Anzahl	899
Wohnungen 2005 ⁴⁾	Anzahl	1 609
Gemeindefinanzen ⁵⁾		
Steuerkraftmesszahl 2005	1 000 EUR	2 795
Steuerkraftsumme 2005	1 000 EUR	2 795
Schuldenstand 2005	1 000 EUR	958
Gewerbesteuerhebesatz 2005	%	320
Tourismus ⁶⁾		
Beherbergungsstätten ab 9 Betten 2005	Anzahl	3
Schlafgelegenheiten insgesamt 2005	Anzahl	88
Ankünfte insgesamt 2005	Anzahl	8 302
Übernachtungen insgesamt 2005	Anzahl	12 553
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2005	Anzahl	1 232

... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
Fläche				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2004	%	16	10	14
Waldfläche 2004	%	6	46	38
Landwirtschaftsfläche 2004	%	72	41	46
Bevölkerung				
Ausländeranteil 2005	%	4	6	12
Durchschnittsalter 2005	Jahre	39,9	41,1	41,4
Geburtenrate ⁷⁾ 2000 bis 2005	Anzahl	47	46	45
Bevölkerungsdichte 2005	Einw/km ²	302	231	300
Bildung ¹⁾				
Übergänge auf Hauptschulen 2005/2006	%	39	30	29
Übergänge auf Realschulen 2005/2006	%	48	36	32
Übergänge auf Gymnasien 2005/2006	%	13	34	38
Bundestagswahl 2005				
Wahlbeteiligung	%	78,4	76,8	75,8
Zweitstimmenanteil der Parteien: ⁸⁾				
CDU	%	33,2	35,1	38,9
SPD	%	39,6	34,0	30,4
FDP	%	8,9	10,3	11,9
GRÜNE	%	11,5	13,0	10,6
Beschäftigung ²⁾				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2005	%	71	47	42
Beschäftigte im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 2005	%	17	19	20
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2005	%	11	32	37
Verkehr				
PKW je 1 000 Einwohner 2005	Anzahl	591	561	574
Wohnen				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2005	%	51	54	58
Wohnfläche je Einwohner 2005	m ²	42	42	41
Wasserwirtschaft				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2004	Liter/Tag	135	124	123
Gesamtpreis für Trink- und Abwasser 2006	EUR/m ²	2,70	.	3,93
Gemeindefinanzen ⁵⁾				
Steuerkraftmesszahl je Einwohner 2005	EUR	739	477	619
Schuldenstand je Einwohner 2005	EUR	252	454	540
Tourismus ⁶⁾				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2005	%	40	30	33
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2005	Tage	2	3	3

Zeichenerklärung

- 0 In Schaubildern: Zahlenwert genau null
- 0 In Tabellen: Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- Nichts vorhanden (genau null)
- Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- X Nachweis nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

Fläche

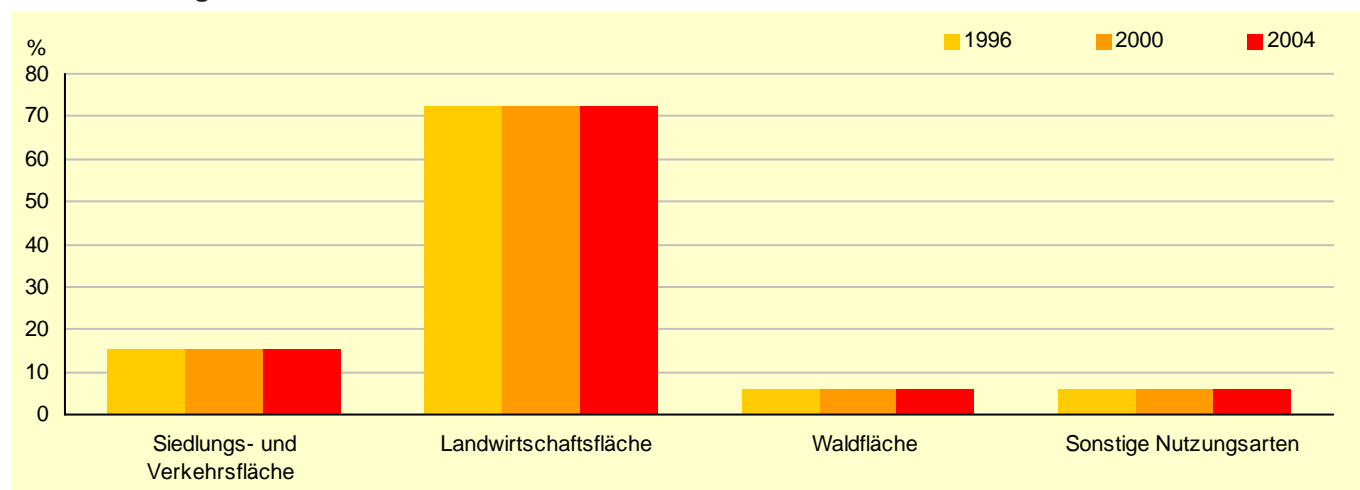
Die Landesfläche von Baden-Württemberg umfasst 35 752 km². Damit ist der Südweststaat etwas größer als Belgien und nur wenig kleiner als die Schweiz. Die Gemeinde mit der größten Fläche ist Stuttgart mit 207 km², gefolgt von Baiersbronn (Landkreis Freudenstadt) mit 190 km².

Fast die Hälfte der gesamten Landesfläche wird durch Landwirtschaftsfläche eingenommen, rund zwei Fünftel sind bewaldet. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche entspricht einem Anteil von 14 % der gesamten Landesfläche. Ende der 80er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts lag dieser noch bei knapp 12 %. Allein im Zeitraum zwischen 2000 bis 2004 wurden landesweit täglich gut 10 ha Fläche für Baumaßnahmen in Anspruch genommen, das entspricht etwa 16 Fußballfeldern. Die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche – fast ausschließlich auf Kosten der Landwirtschaftsfläche – ist hauptsächlich auf Wohnbauaktivitäten und die Erschließung neuer Gewerbe- und Industriegebiete zurückzuführen. In den Kommunen der Verdichtungsräume liegt der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche deutlich höher als in den Gemeinden der eher ländlichen Gebiete, hier sind hingegen die höchsten Zunahmen zu verzeichnen. In der Stadt Kornwestheim ist der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen mit 61 % landesweit am höchsten. Dagegen sind es in der Gemeinde Simonswald im Landkreis Emmendingen nur 2,5 %.

Gemeindefläche nach der tatsächlichen Nutzung

Nutzungsart	1992		1996		2000		2004	
	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%
Fläche insgesamt	1 266	100	1 266	100	1 266	100	1 266	100
Landwirtschaftsfläche	932	74	918	73	917	72	915	72
Waldfläche	77	6	77	6	77	6	77	6
Wasserfläche	24	2	24	2	24	2	24	2
Übrige Nutzungsarten	53	4	52	4	52	4	52	4
Siedlungs- und Verkehrsfläche	180	14	195	15	196	15	198	16
Darunter								
Gebäude- und Freifläche	83	46	94	48	95	48	98	49
Verkehrsfläche	90	50	92	47	92	47	92	47
Erholungsfläche	5	3	7	4	7	4	7	3

Flächennutzung in der Gemeinde



Bevölkerung

Die Entwicklung der Bevölkerung und deren Struktur haben maßgeblichen Einfluss auf die Arbeit der Kommunen, unter anderem bei der Planung von Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen sowie dem Ausweisen von Bauland. Allein seit Ende 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung, hat sich die Bevölkerungszahl landesweit um 9 % erhöht. In über 90 % der baden-württembergischen Kommunen stieg die Einwohnerzahl in diesem Zeitraum. Das Bevölkerungswachstum des Landes beruht überwiegend auf Wanderungsgewinnen und zu einem geringen Teil auf einem Geburtenüberschuss. Seit dem Jahr 2001 ist Baden-Württemberg das einzige Bundesland, in dem noch mehr Kinder geboren werden als Menschen sterben.

Die Bevölkerung Baden-Württembergs war Ende des Jahres 2005 im Durchschnitt 41,4 Jahre alt. 1970 lag das Durchschnittsalter noch bei 34,9 Jahren. Mit durchschnittlich 33,6 Jahren lebt die jüngste Bevölkerung des Landes in der Gemeinde Riedhausen im Landkreis Ravensburg. Am ältesten ist sie mit 49,0 Jahren in Untermarchtal (Alb-Donau-Kreis) – aufgrund der dort ansässigen Klosterbevölkerung. In der Regel ist ein hohes Durchschnittsalter der Bevölkerung auf geringe Geburtenhäufigkeiten, auf Wegzüge junger Familien mit kleinen Kindern sowie auf vom Kurbetrieb geprägte oder als Altersruhesitz bevorzugte Gemeinden zurückzuführen.

Bevölkerungsentwicklung seit 1871*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	2 314	46	54	183	1990	3 456	49	51	273
1890	2 085	47	53	165	1992	3 556	49	51	281
1900	2 091	48	52	165	1994	3 460	50	50	273
1910	2 163	49	51	171	1996	3 493	49	51	276
1925	2 214	48	52	175	1998	3 574	49	51	282
1933	2 264	49	51	179	2000	3 628	49	51	287
1939	2 286	48	52	181	2001	3 662	49	51	289
1950	2 500	48	52	198	2002	3 746	49	51	296
1961	2 664	48	52	211	2003	3 727	49	51	294
1970	2 850	49	51	225	2004	3 789	49	51	299
1987	3 240	50	50	256	2005	3 823	49	51	302

Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung						Wanderungen						Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-)			
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)				Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo				insgesamt	je 1 000 Einwohner		
			insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt	je 1 000 Einwohner			insgesamt	je 1 000 Einwohner						
											+	-			+	-
Anzahl																
1997	46	27	+	19	+	5	178	171	+	7	+	2	+	26	+	7
1998	33	29	+	4	+	1	227	176	+	51	+	14	+	55	+	15
1999	34	25	+	9	+	3	235	210	+	25	+	7	+	34	+	9
2000	36	27	+	9	+	3	238	227	+	11	+	3	+	20	+	6
2001	35	23	+	12	+	3	185	163	+	22	+	6	+	34	+	9
2002	38	25	+	13	+	4	247	176	+	71	+	19	+	84	+	23
2003	43	34	+	9	+	2	198	226	-	28	-	7	-	19	-	5
2004	37	26	+	11	+	3	242	191	+	51	+	13	+	62	+	16
2005	39	24	+	15	+	4	233	214	+	19	+	5	+	34	+	9

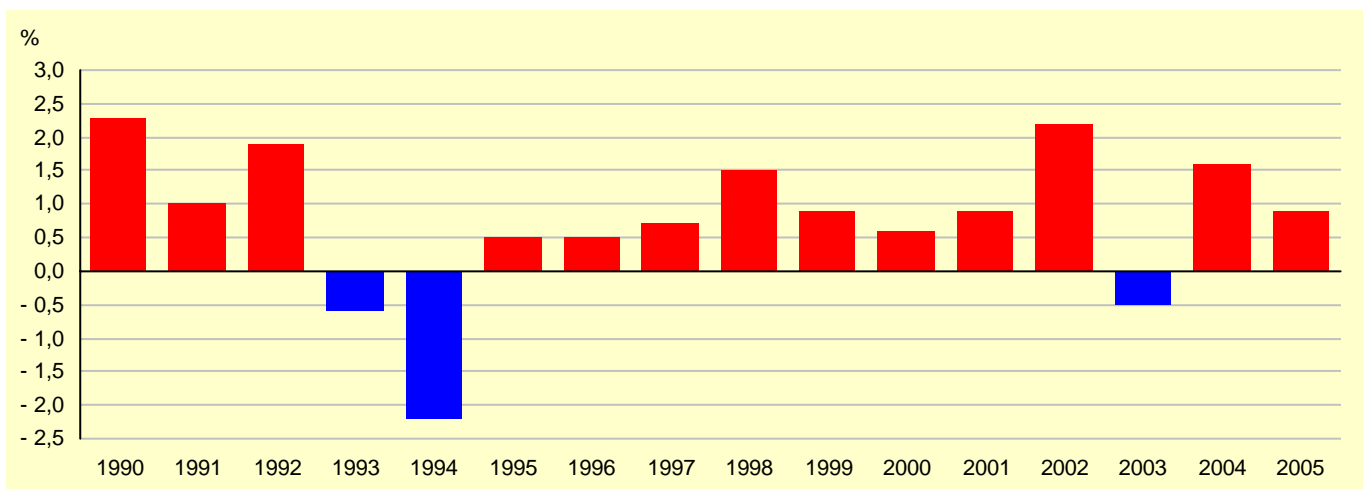
Bevölkerungsstruktur 2005

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	110	3	52	3	58	3	3	3	3
3 - 6	106	3	51	3	55	3	3	3	3
6 - 15	383	10	204	11	179	9	10	10	9
15 - 18	194	5	89	5	105	5	4	4	3
18 - 25	308	8	142	8	166	9	8	8	8
25 - 40	781	20	391	21	390	20	21	21	20
40 - 65	1 340	35	678	36	662	34	34	35	33
65 - 75	358	9	178	9	180	9	10	10	11
75 und mehr	243	6	89	5	154	8	8	6	10
Insgesamt	3 823	100	1 874	100	1 949	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren									
	39,9		39,4		40,4		41,4	40,0	42,7

Zum Vergleich: Bevölkerungsstruktur 1990

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	175	5	79	5	96	5	4	4	3
3 - 6	140	4	66	4	74	4	3	3	3
6 - 15	401	12	208	12	193	11	9	10	9
15 - 18	97	3	49	3	48	3	3	3	3
18 - 25	336	10	174	10	162	9	11	12	10
25 - 40	936	27	467	27	469	27	24	26	23
40 - 65	988	29	525	31	463	26	31	32	30
65 - 75	223	6	86	5	137	8	7	6	9
75 und mehr	160	5	49	3	111	6	7	4	9
Insgesamt	3 456	100	1 703	100	1 753	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren									
	36,0		34,9		37,0		38,7	36,7	40,6

Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr



Bildung

Mit einem nahezu flächendeckenden Angebot an öffentlichen Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien hat sich Baden-Württemberg für die Beibehaltung des traditionellen dreigliedrigen Schulsystems entschieden. Zur Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler gibt es ein differenziertes Sonderschulwesen mit der Möglichkeit, die Abschlüsse der allgemein bildenden Schulen zu erreichen. An den Berufsschulen des Landes findet die Ausbildung im Dualen System statt. An weiteren Schularten können neben beruflichen auch allgemein bildende Abschlüsse erworben werden. Landesweit bestehen derzeit 655 Privatschulen, darunter auch Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs, private berufliche Schulen sowie die freien Waldorfschulen und privaten Sonderschulen. Lediglich 76 Gemeinden verfügen über keine eigenständige allgemein bildende Schule, sondern allenfalls über eine Außenstelle.

Nach einem Rückgang der Schülerzahlen in Baden-Württemberg in den 80er-Jahren, war seit den 90er-Jahren wieder ein Anstieg zu beobachten. Im Schuljahr 2003/04 wurde mit gut 1,3 Mill. Schülerinnen und Schülern an den allgemein bildenden Schulen ein Maximum erreicht. Die Zahl hält sich seitdem annähernd auf diesem Niveau. Nach den derzeitigen Vorausschätzungen gehen die Schülerzahlen bis zum Jahre 2020 um knapp 19 % zurück, jede fünfte Schulbank bleibt dann leer.

Allgemein bildende Schulen Schuljahr 2005/2006

Schularten	Schulen ¹⁾ ins- gesamt	Schüler ²⁾ ins- gesamt	Öffentliche Schulen						
			Schüler zusammen	und zwar		Lehrer ins- gesamt	darunter Vollzeit- beschäftigte	Schüler je Lehrkraft ³⁾	Schüler je Klasse ⁴⁾
				weiblich	aus- ländisch				
Anzahl	Anzahl	%		Anzahl					
Grundschulen	1	168	168	49	4	21	8	16	21
Hauptschulen	1	83	83	39	4				17
Sonderschulen	–	–	–	.	.	–	–	–	–
Realschulen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Gymnasien	–	–	–	.	.	–	–	–	–
Freie Waldorfschulen	–	–
Andere Schularten ⁵⁾	–	–	–	.	.	–	–	–	–
Insgesamt	2	251	251	.	.	21	8	X	X

Zum Vergleich: Allgemein bildende Schulen Schuljahr 1995/1996

Schularten	Schulen ¹⁾ ins- gesamt	Schüler ²⁾ ins- gesamt	Öffentliche Schulen						
			Schüler zusammen	und zwar		Lehrer ins- gesamt	darunter Vollzeit- beschäftigte	Schüler je Lehrkraft ³⁾	Schüler je Klasse ⁴⁾
				weiblich	aus- ländisch				
Anzahl	Anzahl	%		Anzahl					
Grundschulen	1	186	186	53	5	21	8	19	23
Hauptschulen	1	106	106	42	6				21
Sonderschulen	–	–	–	.	.	–	–	–	–
Realschulen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Gymnasien	–	–	–	.	.	–	–	–	–
Freie Waldorfschulen	–	–
Andere Schularten ⁵⁾	–	–	–	.	.	–	–	–	–
Insgesamt	2	292	292	.	.	21	8	X	X

Wahlen

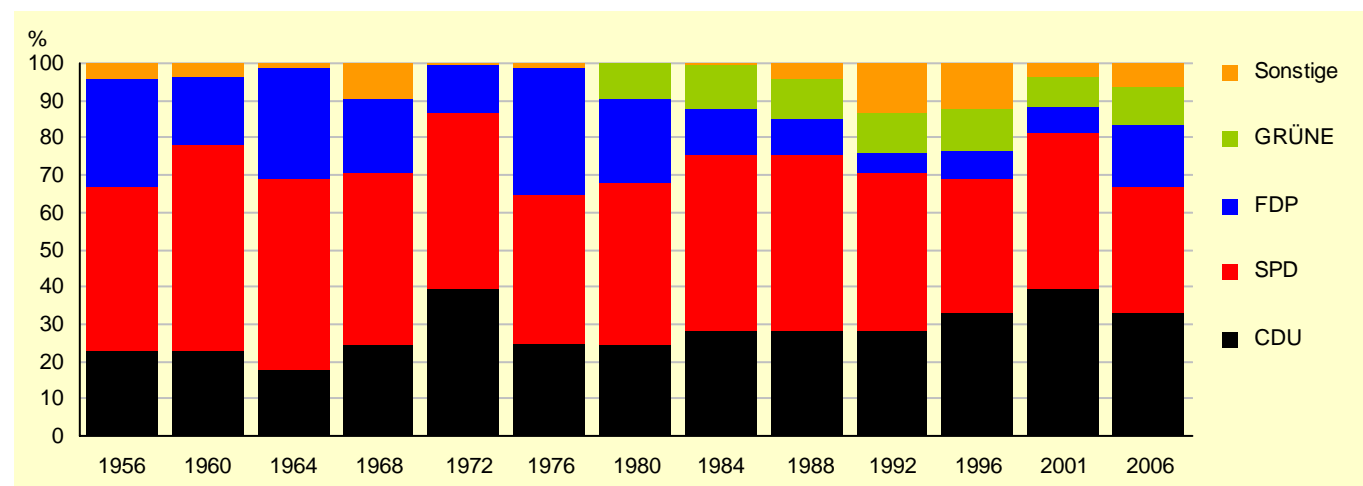
Einen sehr wichtigen Teil der Landesgeschichte und der politischen Kultur Baden-Württembergs stellen die verschiedenen Parlamentswahlen dar. Hierbei gibt es durchaus regionale Besonderheiten des Wahlverhaltens im deutschen Südwesten. Seit Bestehen des Landes prägt die CDU das politische Bild Baden-Württembergs. Mit der Landtagswahl 2006 hielt sie mit 44,2 % der Wählerstimmen ihr hohes Niveau und ihre Stellung als stärkste Partei im Land. Die SPD konnte nicht an den Wahlerfolg von 2001 anknüpfen. Sie erreichte mit 25,2 % ihr zweitniedrigstes Ergebnis bei einer Landtagswahl. Die FDP erlangte in ihrem „Stammland“ erstmals seit 1968 wieder ein zweistelliges Wahlergebnis, gaben jedoch den 2001 errungenen Platz als drittstärkste politische Kraft in Baden-Württemberg an die GRÜNEN ab. Deren Stimmenanteil lag mit 11,7 % um einen Prozentpunkt höher. Insgesamt gehören dem 14. Landtag von Baden-Württemberg 139 Abgeordnete an.

Die seit Anfang der 70er-Jahre bei Wahlen zu beobachtende allgemein rückläufige Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg setzte sich bei der Landtagswahl 2006 nicht nur fort – sie erreichte einen historischen Tiefpunkt, denn mit 53,4 % war es die niedrigste Quote bei einer Landtagswahl seit Bestehen des Landes. Inwieweit das Wahlverhalten in Ihrer Gemeinde dem hier aufgezeigten Landestrend entspricht, können Sie den folgenden Darstellungen entnehmen.

Wahlergebnisse

Wahl	Wahl-berechtigte	Wähler	Wahl-beteiligung	Stimmenanteile ¹⁾				
				CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
				% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte				
Landtagswahl 2006	2 855	1 376	50,8	32,9	34,1	10,1	16,6	6,3
Landtagswahl 2001	2 740	1 589	61,3	39,5	41,6	7,9	7,0	4,0
Veränderung	+ 115	- 213	- 10,6	- 6,6	- 7,6	+ 2,2	+ 9,7	+ 2,3
Bundestagswahl 2005	2 846	1 979	78,4	33,2	39,6	11,5	8,9	6,7
Bundestagswahl 2002	2 798	1 969	79,8	33,6	44,5	11,4	6,8	3,8
Veränderung	+ 48	+ 10	- 1,4	- 0,3	- 4,9	+ 0,2	+ 2,1	+ 2,9
Europawahl 2004	2 828	1 618	61,7	39,1	31,4	11,3	6,6	11,6
Europawahl 1999	2 694	855	32,4	42,7	35,2	9,7	4,5	8,0
Veränderung	+ 134	+ 763	+ 29,3	- 3,6	- 3,7	+ 1,5	+ 2,2	+ 3,6

Stimmenanteile der Parteien bei den Landtagswahlen



Landwirtschaft

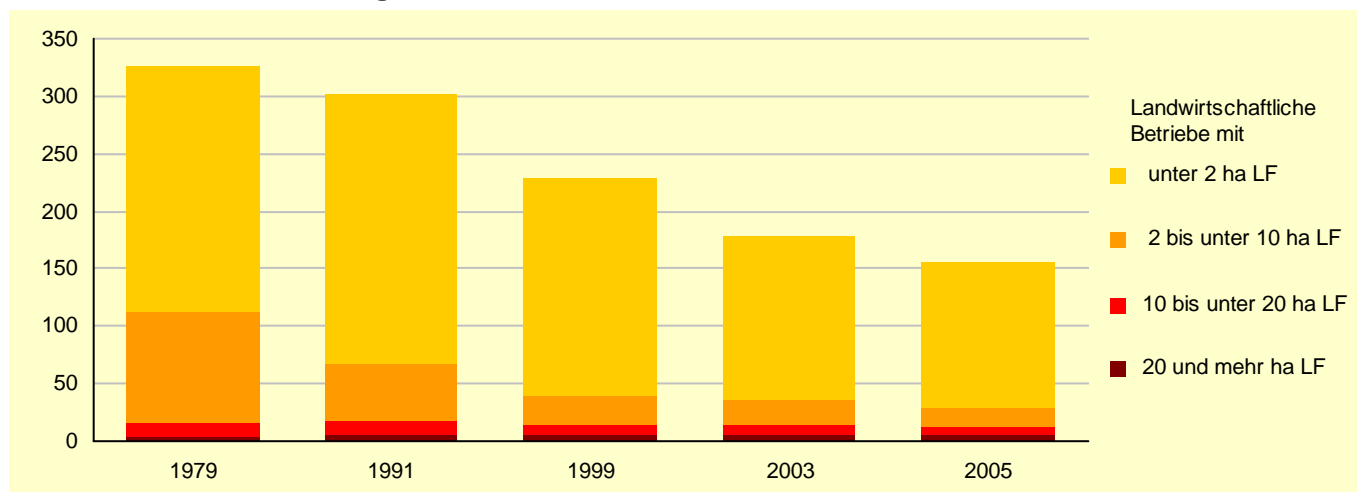
Die tief greifenden Strukturveränderungen in der Landwirtschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben in Baden-Württemberg zu einem deutlichen Rückgang landwirtschaftlicher Betriebe geführt. Allein in den letzten 23 Jahren sind von den knapp 140 000 landwirtschaftlichen Betrieben weniger als die Hälfte übrig geblieben. Die Existenz der Betriebe war und ist weniger von der Qualität der Böden, als von der Ausstattung mit Kapital und nicht zuletzt von der Agrarpolitik der Europäischen Union bestimmt. Im Zuge des Strukturwandels hat die Betriebsgröße landesweit stark zugenommen. Die Landwirte bewirtschafteten 2005 durchschnittlich 24 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF). 1983 lag die Größe der Betriebe im Landesdurchschnitt nur bei 12 ha. Charakteristisch für die Landwirtschaft des Landes bleibt trotzdem weiterhin die große Anzahl von Kleinbetrieben.

Landesweit wurde im Jahr 2005 eine Fläche von knapp 1,5 Mill. ha landwirtschaftlich genutzt, davon 58 % als Ackerland und 39 % als Dauergrünland. Etwa 3 % der Fläche entfielen auf Dauerkulturen, beispielsweise Rebland oder Obstanbauflächen. Zahlreiche Sonderkulturen wie Tabak, Hopfen oder Spargel bereichern die vielfältige Landwirtschaft Baden-Württembergs. In einigen Landesteilen ist die Agrarproduktion besonders durch Tierzucht und Tierhaltung geprägt. In der Rinderhaltung im Südwesten spielt nach wie vor der Bestand an Milchkühen eine bedeutende Rolle.

Landwirtschaft*)

Jahr ¹⁾	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter	Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Darunter			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehhaltung			
		Haupterwerbsbetriebe		Ackerland	Dauergrünland	Dauerkulturen		Rinder		Schweine	
								insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter
								Anzahl	ha	Anzahl	
1983	328	62	809	54	12	34	2	248	7	1 072	10
1987	312	51	762	53	12	35	2	256	7	781	9
1991	302	31	749	52	11	37	2	187	9	501	8
1995	291	21	743	51	11	37	3	121	9	164	4
1999	228	27	677	53	12	35	3	49	5	79	6
2001	210	.	692	54	12	33	3	23	5	74	7
2003	178	21	669	57	12	31	4	28	6	45	8
2005	156	.	694	60	11	29	4

Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur



Beschäftigung und Arbeitsmarkt

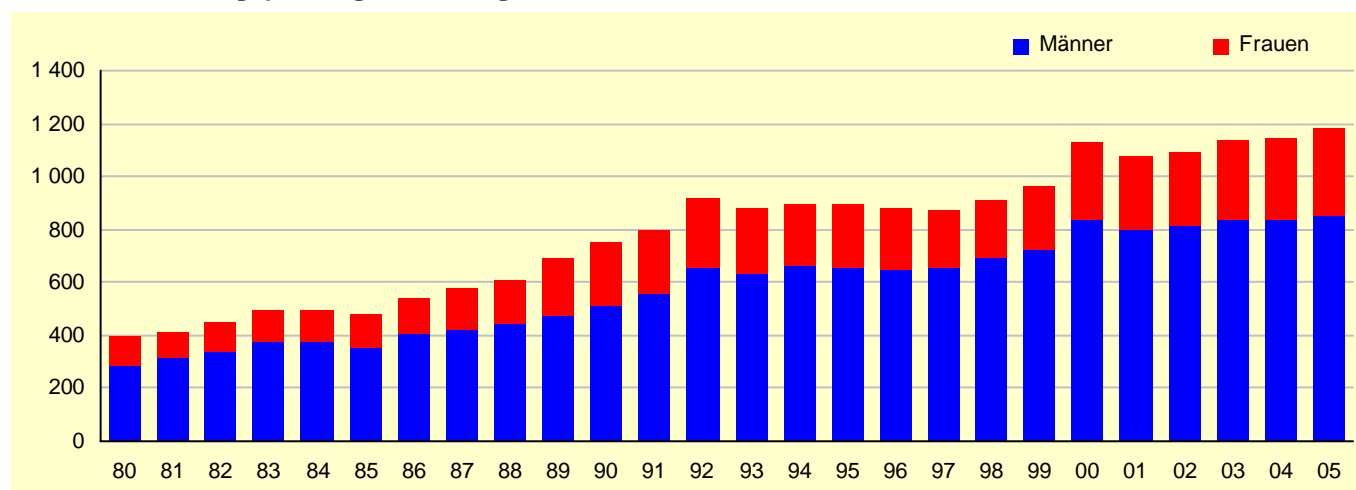
Der seit einigen Jahren zu beobachtende Rückgang der Beschäftigtenzahlen in Baden-Württemberg setzte sich – wenn auch abgeschwächt – 2005 fort. Gegenüber 2004 sank die Zahl um 0,6 % auf 3,72 Mill. sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Nicht alle der drei Wirtschaftssektoren waren betroffen. Mit 1,6 % erlebte das Produzierende Gewerbe den stärksten Rückgang. Der Beschäftigungsanteil dieses Sektors lag zuletzt noch bei 42%. Der Dienstleistungsbereich verzeichnete dagegen mit 0,1 % einen kleinen Zuwachs. Der Anteil dieses Bereiches an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug knapp 58 %. Durch den Strukturwandel der letzten Jahrzehnte hat sich das Gewicht deutlich zu diesem Wirtschaftsbereich hin verschoben. Im Landesschnitt lag die Zahl der Beschäftigten insgesamt bei 346 je 1 000 Einwohner; im Jahr 2003 waren es noch 355 Beschäftigte je 1 000 Einwohner.

Im Jahr 2005 waren 44 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg Frauen. Die Anteile der Frauen an den Beschäftigten schwanken in den einzelnen Kommunen mitunter erheblich. Verschiedene Gründe kommen hierfür in Frage. Mitentscheidend dürfte die regionale Branchenstruktur sein: Der Dienstleistungssektor bietet für Frauen häufig bessere Beschäftigungsmöglichkeiten als der produzierende Bereich. Weiterhin hat die regional unterschiedliche Bevölkerungs- und Familienstruktur Auswirkungen auf die Erwerbsbeteiligung der Frauen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Arbeitslose*)

Jahr (30.6.)	Beschäftigte ¹⁾		Und zwar ²⁾					Arbeits- lose insgesamt	Und zwar			
	ins- gesamt	je 1 000 Ein- wohner	Frauen	Aus- länder	Produ- zierendes Gewerbe	Handel, Gast- gewerbe, Verkehr	Sonstige Dienst- leistungen		Frauen	Aus- länder	Langzeit- arbeits- lose ³⁾	unter 25 Jahre
1980	396	138	27	5	79	4	15
1990	751	219	32	4	76	7	17
1995	897	258	27	9	78	6	15	62	42	8	27	5
2000	1 130	314	26	10	73	13	11	49	43	8	29	8
2001	1 075	294	26	7	73	15	12	56	48	5	30	11
2002	1 090	295	26	8	71	16	12	76	50	4	20	8
2003	1 134	303	26	7	71	16	12	77	45	4	23	13
2004	1 144	302	27	7	72	16	12	86	41	–	34	9
2005	1 182	311	28	6	71	17	11	71	46	8	24	8

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht



Verkehr

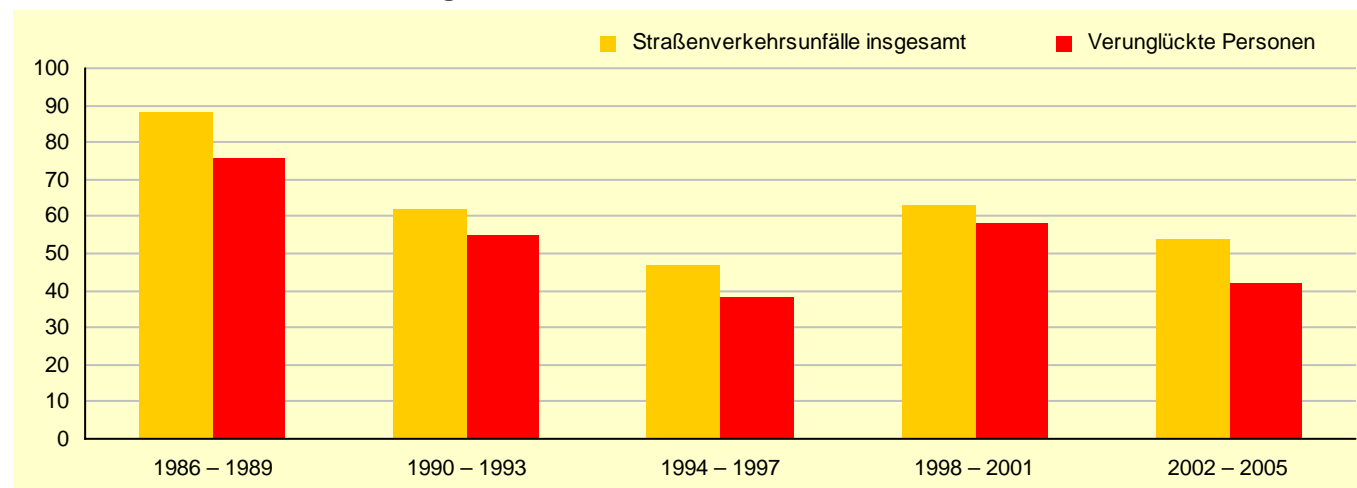
Im Jahr 2005 waren in Baden-Württemberg rund 7,5 Mill. Kraftfahrzeuge zugelassen. Damit hat sich seit 1950 der gesamte Kfz-Bestand des Landes um mehr als das 23-fache erhöht, die Zahl der Personenkraftwagen (PKW) sogar auf das 69-fache. Der enorme Anstieg des PKW-Bestandes ist auch demografisch bedingt, für die Entwicklung entscheidender ist jedoch die stetige Zunahme des Motorisierungsgrades. Landesweit kommen derzeit 573 PKW auf 1 000 Einwohner. Die regionalen Unterschiede sind allerdings erheblich, auch bedingt durch die Konzentration gewerblich zugelassener Fahrzeuge größerer Unternehmen auf einzelne Orte. Am höchsten ist die PKW-Dichte mit 1 103 PKW pro 1 000 Einwohner in Walldorf (Rhein-Neckar-Kreis). Mit 402 PKW pro 1 000 Einwohner weist Schwarzach im Neckar-Odenwald-Kreis hingegen den geringsten Motorisierungsgrad auf. Tendenziell ist die PKW-Dichte in größeren Städten sowie in verdichteten Gebieten geringer. Ursachen hierfür sind das konzentrierte Angebot an Arbeitsplätzen und Infrastruktureinrichtungen sowie der besser ausgebaute öffentliche Personennahverkehr.

Bei mehr als 58 000 Verkehrsunfällen im Jahr 2005 verunglückten auf den Straßen Baden-Württembergs rund 54 000 Personen, 633 wurden getötet. Die Zahl der Verkehrstoten war damit seit Einführung dieser Statistik noch nie so niedrig. Entspricht die Entwicklung Ihrer Gemeinde dem Landestrend? Sehen Sie selbst.

Kraftfahrzeuge*) und Straßenverkehrsunfälle

Jahr ¹⁾	Kraftfahrzeugbestand			PKW je 1000 Einwohner	Straßenverkehrsunfälle ³⁾		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter mit Personenschaden		Getötete	Schwerverletzte
		PKW	Krafträder ²⁾						
Anzahl				Anzahl					
1991	2 409	1 779	128	513	17	10	11	–	5
1993	2 540	1 874	138	527	17	13	17	–	4
1995	2 705	1 954	146	562	11	8	9	–	2
1997	2 758	1 988	169	572	12	8	13	–	3
1999	2 893	2 070	204	575	14	12	19	–	5
2001	2 986	2 116	219	583	18	11	12	–	3
2002	3 049	2 155	226	588	14	9	10	–	3
2003	3 082	2 191	228	585	7	5	5	1	2
2004	3 100	2 208	231	592	12	9	12	–	4
2005	3 142	2 241	236	591	21	13	15	–	2

Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen



Wohnen

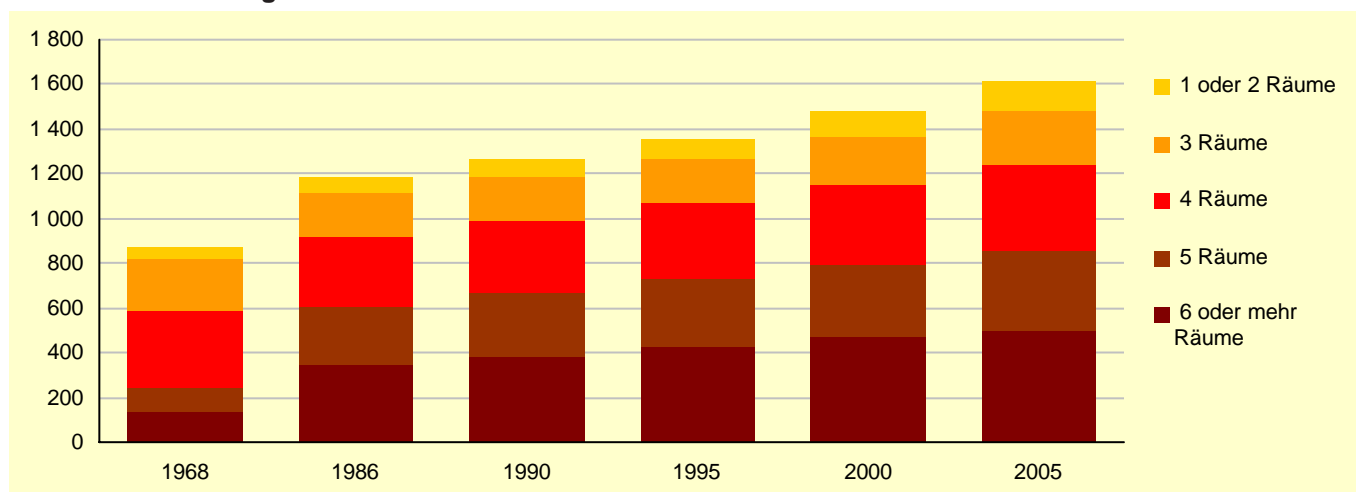
Der Wohnungsbestand Baden-Württembergs hat sich in den letzten vier Jahrzehnten nahezu verdoppelt: 1965 gab es 2,6 Mill. Wohnungen, Ende 2005 waren es bereits 4,9 Mill. Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Ursachen für diesen Anstieg sind im enormen Bevölkerungszuwachs sowie im Wiederaufbau der zerstörten Gebäude nach dem zweiten Weltkrieg, im anhaltenden Trend zu kleineren Haushalten und nicht zuletzt in der stetigen Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse zu sehen. So lag die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner noch Mitte der 80er-Jahre bei 36 m², zuletzt waren es gut 41 m².

Ende des Jahres 2005 gab es landesweit rund 58 % Einfamilienhäuser, 25 % Zweifamilienhäuser und 18 % Mehrfamilienhäuser. Dabei variiert die Gebäudestruktur zwischen den Kommunen des Landes erheblich. In der Regel ist der Anteil an Einfamilienhäuser in den eher ländlich strukturierten Bereichen des Landes höher als in verdichteten Gebieten, was nicht zuletzt auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Am höchsten war der Einfamilienhausanteil mit gut 91 % in Guggenhausen (Landkreis Ravensburg). Die Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis) hingegen hat mit 27 % den geringsten Anteil aufzuweisen, gefolgt von der Landeshauptstadt Stuttgart mit 30 %. Und wie sieht es in Ihrer Gemeinde aus?

Wohngebäude und Wohnungen

Jahr ¹⁾	Wohngebäude insgesamt	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt ²⁾	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1968	532	168	32	150	28	21	4	871	324	21
1986	719	387	54	271	38	61	8	1 184	274	34
1990	761	403	53	292	38	66	9	1 264	273	35
1995	798	408	51	305	38	85	11	1 352	257	38
2000	851	432	51	326	38	93	11	1 477	246	40
2001	860	439	51	326	38	95	11	1 505	243	40
2002	869	444	51	329	38	96	11	1 527	245	40
2003	879	448	51	333	38	98	11	1 551	240	41
2004	891	454	51	336	38	101	11	1 588	239	41
2005	899	455	51	340	38	104	12	1 609	238	42

Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



Wasserwirtschaft

Die Trinkwasserversorgung des Landes wurde 2004 von insgesamt 1 356 Wasserversorgungsunternehmen sichergestellt. Der überwiegende Teil (94 %) davon sind öffentliche Wasserversorgungsunternehmen, die insgesamt 686 Mill. m³ Wasser förderten. Ein Fünftel davon stammt aus der Bodensee-Wasserversorgung (BWV) in Sipplingen und gut 14 % aus der Landeswasserversorgung (LW).

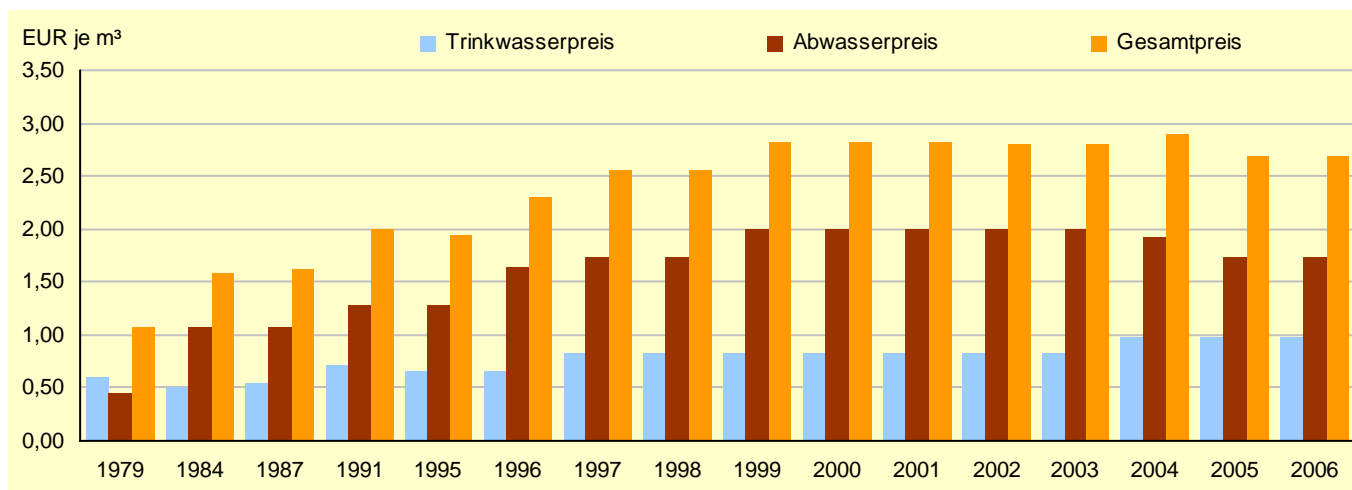
Der tägliche Wasserverbrauch der Privathaushalte und Kleingewerbe betrug 2004 im Landesdurchschnitt 123 Liter je Einwohner. 1979 lag der Pro-Kopf-Verbrauch im Land durchschnittlich noch bei 133 Liter. Höhere Preise, aber auch ein gestärktes Umweltbewusstsein, haben das Verbraucherverhalten verändert. Ebenfalls eine Rolle spielt die Entwicklung von Wasser sparenden Technologien.

Der Gesamtpreis für Trink- und Abwasser betrug Anfang 2006 im Landesdurchschnitt 3,93 Euro je Kubikmeter (ohne Grundgebühren). Die Preise variieren regional: Die Preisspanne reicht bei den einzelnen Kommunen des Landes von 1,41 Euro bis 7,77 Euro je Kubikmeter. Neben der Wasserqualität und der Wassermenge wirken sich auch die Versorgungsstruktur, die Anschlussdichte, der Zustand des Leitungsnetzes sowie die Höhe der Wasserverluste auf die Wasserpreise aus.

Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise

Jahr ¹⁾	Wassergewinnung insgesamt	Leitungsverluste ²⁾	Wasserabgabe an Letztverbraucher				Trinkwasserpreis	Abwasserpreis	Gesamtpreis ³⁾
			insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf-Verbrauch				
1979	194	64	130	102	78	98	0,61	0,46	1,07
1983	219	52	167	164	98	145	0,51	1,07	1,58
1987	221	54	167	160	96	136	0,55	1,07	1,62
1991	254	68	186	172	92	137	0,71	1,28	1,99
1995	242	83	159	148	93	118	0,66	1,28	1,94
1998	215	30	185	172	93	132	0,82	1,74	2,56
2001	287	89	198	184	93	138	0,82	1,99	2,82
2004	284	83	201	187	93	135	0,97	1,92	2,89
2006	0,97	1,73	2,70

Kubikmeterpreise für Trink- und Abwasser



Kommunalfinanzen und Gemeindepersonal

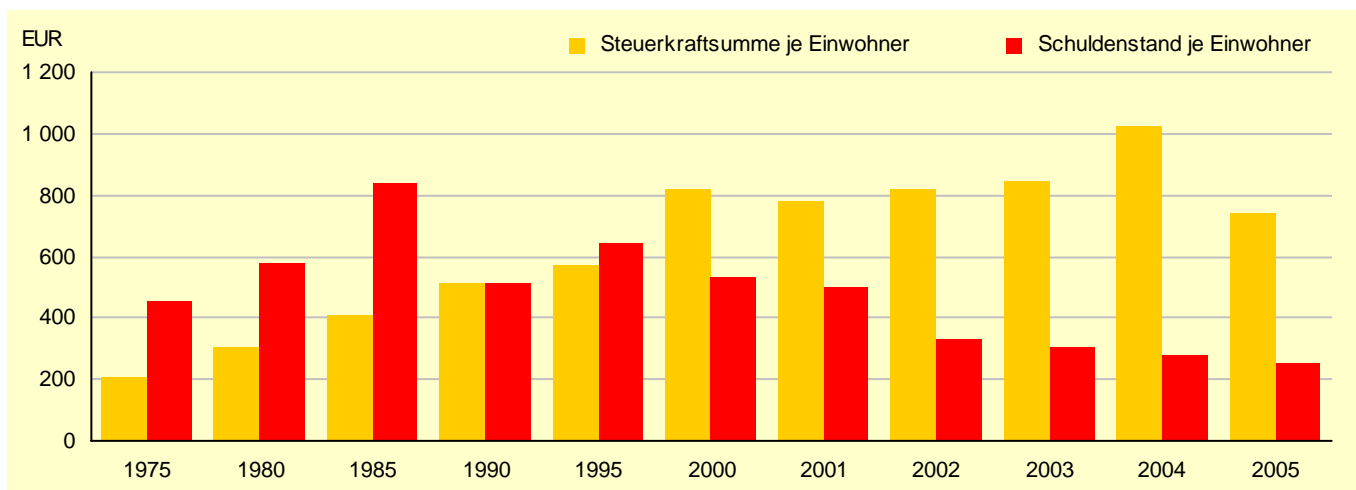
Die kommunale Finanzpolitik war nach der Jahrtausendwende geprägt von erheblichen Einschnitten und grundlegenden Veränderungen. Zwar sind die Steuereinnahmen der baden-württembergischen Kommunen im Jahr 2005 gegenüber 2004 nochmals leicht angestiegen. Problematisch ist aber, dass auch in 2005 die Gesamtentwicklung durch einen erheblichen Anstieg der Sozialausgaben insbesondere durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe geprägt wurde.

Neben der Einnahmen-Ausgaben-Entwicklung und einem allgemeinen Personalabbau bei gleichzeitiger Ausdehnung der Teilzeitbeschäftigung ist vor allem die Verschuldung der Gemeinden in der öffentlichen Diskussion. Die Vergleichbarkeit der Schuldenentwicklung im Zeitverlauf wird aber dadurch erschwert, dass in den letzten Jahren verstärkt wirtschaftliche Aktivitäten der Gemeinden in formal privatisierte aber noch durch die Gemeinde kontrollierte Betriebe überführt wurden, wobei ein Teil der Schuldenlast in diese Betriebe mit übertragen wurde. Dies und eine in den 90er-Jahren einsetzende auf Konsolidierung bedachte Haushaltspolitik führten zwischen 1995 und 2005 zu einem Rückgang des Gemeindefschuldenstands um immerhin 21 %. Im Jahr 2005 betrug die Pro-Kopf-Verschuldung im Landesdurchschnitt 540 Euro, 1995 lag der Schuldenstand der Kommunen noch bei durchschnittlich 714 Euro je Einwohner.

Kommunalfinanzen*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftmesszahl ¹⁾		Steuerkraftsumme ²⁾		Schuldenstand ³⁾		Personalstand	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit-äquivalente ⁴⁾
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1980	505	180	859	305	1 663	579	20	.
1985	781	248	1 283	407	2 664	839	19	.
1990	1 147	346	1 698	512	1 753	512	25	.
1995	1 414	405	1 993	571	2 239	644	34	.
2000	2 481	689	2 948	819	1 908	530	45	33
2001	2 576	716	2 798	777	1 836	502	45	33
2002	2 845	777	2 988	816	1 223	331	52	39
2003	3 011	814	3 109	841	1 139	305	57	41
2004	3 824	1 023	3 824	1 023	1 051	278	52	38
2005	2 795	739	2 795	739	958	252	.	.

Steuerkraftsumme und Schuldenstand je Einwohner



Fußnoten

Gemeindedaten im Überblick ...

- 1) Im Schuljahr 2005/06. Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 2) Siehe unter Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Fußnoten *) und 3).
- 3) Siehe unter Verkehr, Fußnote 3).
- 4) Siehe unter Wohnen, Fußnote 2).
- 5) Siehe unter Kommunalfinanzien und Gemeindepersonal, Fußnoten 1), 2) und 3).
- 6) Stand Juli: Ab 2004: Beherbergungsstätten (einschließlich Campingplätze) mit 9 und mehr Betten bzw. Schlafgelegenheiten. Ab Januar 2004 werden die Ergebnisse für Beherbergungsstätten und Campingplätze zusammen nachgewiesen.
- 7) Zahl der Geburten je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.
- 8) Siehe unter Wahlen, Fußnote 1).

Bevölkerung

- *) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse; ab 1990 Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. des Jahres.

Bildung

- 1) Öffentliche und private Schulen; angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen.
- 2) Schüler an öffentlichen und privaten allgemein bildenden Schulen.
- 3) Wöchentliche Unterrichtsstunden der teilzeit- und sonstigen beschäftigten Lehrer (einschließlich der Ermäßigungen und Anrechnungen) sowie die Überstunden der vollzeitbeschäftigten Lehrer wurden in Vollzeitlehrer umgerechnet.
- 4) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 5) Andere Schularten: Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

Wahlen

- 1) Stimmen ohne Briefwähler; bei Bundestagswahlen – Zweitstimmenanteil.

Landwirtschaft

- *) Ergebnisse der allgemeinen Bodennutzungshaupterhebung; Betrieblicher Flächennachweis.
- 1) Durch Anhebung der Erfassungsgrenze sowie methodische Veränderungen sind die Angaben ab 1999 mit denen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

- *) Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Stichtag jeweils am 30.06. des Jahres.

- 1) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Gemeinde (Arbeitsortkonzept). Eventuelle Einbrüche der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 1984 sind auf den Metallarbeiterstreik zurückzuführen.
- 2) Wirtschaftszweigsystematik 1970 (WZ 70); von 1990 bis 2002: WZ 93; seit April 2003: WZ 2003; die sachliche Untergliederung nach den verschiedenen Systematiken ist aus methodischen Gründen nicht vergleichbar.
- 3) Arbeitslose mit einer Arbeitslosigkeit von über einem Jahr.

Verkehr

- *) Quelle: Kraftfahrtbundesamt.

- 1) Erhebungsmonat bis 2000: Juli; ab 2001: Januar.
- 2) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.
- 3) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegender Unfall mit Sachschaden.

Wohnen

- 1) 1961 und 1968: Es wurden nur nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude nach Gebäudeart differenziert.
- 2) Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden.

Wasserwirtschaft

- 1) Wasserpreise 1983: Erhebungsjahr ist 1984.
- 2) Leitungsverluste, einschließlich Wasserwerkseigenverbrauch.
- 3) Enthalten sind nur die Kubikmetergebühren.
- 4) Stichtag ist jeweils der 1. Januar; Preise bis 2001 DM in Euro umgerechnet.

Kommunalfinanzien und Gemeindepersonal

- *) Bis 2001 in Euro umgerechnete DM-Werte.

- 1) Steuerkraftmesszahl: Einnahmekraft der Gemeinde (Gewerbesteuer, Grundsteuern auf landeseinheitliche Hebesätze umgerechnet, Einkommensteueranteil).
- 2) Steuerkraftsumme: Finanzkraft der Gemeinde (Steuerkraftmesszahl + Schlüsselzuweisungen).
- 3) Schuldenstand: Schulden am Kreditmarkt und bei öffentlichen Haushalten ohne Schulden der kommunalen Wirtschaftsunternehmen.
- 4) Vollzeitäquivalente (VZä): Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor.

Erläuterungen und Definitionen

Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige

Unter „Beschäftigte“ werden hier die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verstanden, d.h. alle Arbeiter, Angestellte und Personen in beruflicher Ausbildung, die in Renten-, Kranken- und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfasst sind damit grundsätzlich Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige sowie geringfügig Beschäftigte. Die Beschäftigten werden nicht am Wohnort, sondern am Arbeitsort gezählt.

Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Ab dem Stichtag 30.09.1998 wurde der Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die europaweit eingeführte „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 1993 (WZ 93)“ umgestellt. Diese Neuverschlüsselung brachte beträchtliche Änderungen in der wirtschaftsfachlichen Zuordnung mit sich. Dadurch sind die Ergebnisse nach WZ 93 auch bei gleich lautenden Bezeichnungen einzelner Gliederungen nur bedingt mit denen der bisherigen Systematik (WZ 70) vergleichbar. Des Weiteren wurde mit dem Stichtag 30.06.2003 der Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die europaweit eingeführte „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 2003 (WZ 2003)“ umgestellt.

Hinweis: Die Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik haben bis drei Jahre nach dem Stichtag vorläufigen Charakter. Die Bundesagentur für Arbeit behält sich vor, diese innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren bei wichtigem Berichtigungsbedarf zu korrigieren. Nach Ablauf der „Drei-Jahres-Frist“ erhalten die Ergebnisse den Status „endgültige Ergebnisse“.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen die Angehörigen der ausländischen Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit Familienangehörigen.

Fläche

Die gegliederte Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung erfolgt in Abständen von vier Jahren. Zugrunde gelegt werden die Daten der Liegenschaftskataster der Vermessungsämter. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst neben den bebauten und versiegelten Flächen ebenfalls nicht bebaute unversiegelte Flächen. Diese Fläche wird seit 2001 jährlich erhoben. Sie setzt sich aus folgenden Flächen zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauland (z.B. Kiesgruben), Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche. Stichtag der Erhebung ist jeweils der 31.12. des Jahres.

Haupterwerbsbetriebe

Seit 1999 werden zu den Haupterwerbsbetrieben alle Betriebe mit 1,5 Arbeitskräfte-Einheiten (AK-Einheit) und mehr oder 0,75 bis unter 1,5 AK-Einheiten und einem Anteil des betrieblichen Nettoeinkommens am gesamten Einkommen von 50 % und mehr gezählt. Eine AK-Einheit ist die Maßeinheit der Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Person. Beschäftigte, die nicht im Betrieb vollbeschäftigt sind, werden entsprechend ihrer Arbeitszeit auf AK-Einheiten umgerechnet.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

umfasst Ackerland, Dauergrünland und Dauerkulturen (Rebland, Obstanlagen, Baumschulflächen, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes) und Haus- und Nutzgärten ohne Ziergärten. Sämtliche zu einem Betrieb gehörigen Flächen werden in derjenigen Gemeinde nachgewiesen, in der sich der Betriebssitz befindet (Betriebsprinzip). Darum ist die LF nicht identisch mit der Landwirtschaftsfläche.

Langzeitarbeitslose

Als Langzeitarbeitslose gelten alle registrierten Arbeitslosen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung ein Jahr und länger bei den Arbeitsämtern gemeldet waren.

Letztverbraucher

im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe (z.B. Handwerksbetriebe und Dienstleistungsunternehmen) und öffentliche Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Bäder, Feuerwehr, öffentliche Grünanlagen und Schulen), mit denen der Wasserversorger das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Wasserversorgungsunternehmen an Mitgliedsgemeinden ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung, sofern die Mitgliedsgemeinden die Wasserabrechnung mit den Letztverbrauchern selbst vornehmen.

Pendler/Pendlersaldo

Pendler sind hier sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die nicht am Arbeitsort wohnen, sondern diesen im Berufspendlerverkehr regelmäßig aufsuchen. Jeder Pendler wird in seiner Arbeitsgemeinde/seinem Arbeitskreis als Einpendler, in seiner Wohngemeinde/seinem Wohnkreis als Auspendler registriert. Bewohner von Freizeitwohnungen und Wehrpflichtige zählen nicht zu den Pendlern. Der Pendlersaldo ist die Differenz von Einpendlern zu Auspendlern. Einpendlerüberschüsse weisen auf ein Überangebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung hin. Umgekehrt charakterisieren Auspendlerüberschüsse ein Defizit an Arbeitsplätzen.

Räume

Räume sind alle Wohn- und Schlafräume mit 6 m² oder mehr Wohnfläche sowie alle Küchen.

Steuerkraftmesszahl

Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend.

Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres.

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden

Hierzu zählen alle Straßenverkehrsunfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen verunglückt sind, d. h. getötet oder verletzt wurden. Datengrundlage sind Meldungen der Polizei. Als bei Straßenverkehrsunfällen getötet gelten Personen, die auf der Stelle getötet wurden oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen starben. Als bei Straßenverkehrsunfällen verletzt gelten Personen, die unmittelbar in Krankenanstalten

für mindestens 24 Stunden zur stationären Behandlung eingeliefert wurden (Schwerverletzte) oder Personen, deren Verletzungen keinen bzw. einen Krankenhausaufenthalt von weniger als 24 Stunden erforderten (Leichtverletzte).

Vollzeitäquivalente

Die Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrstunden. Die Vollzeitäquivalente (Vzä) stellt somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mithilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich.

Wassergewinnung

Die Wassergewinnung umfasst die gesamte Wassermenge, die von den verschiedenen Wirtschaftsbereichen für unterschiedliche Nutzungen beispielsweise als Trinkwasser, Kühlwasser, Wasser zur Bewässerung oder zur Nutzung als Produktionswasser aus Gewässern (Oberflächengewässer, Grundwasser, Quellen) entnommen wird.

Wohngebäude und Nichtwohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Zu den Wohngebäuden zählen auch Wohnheime. Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke (gemessen an der Gesamtnutzfläche) bestimmt sind, z.B. gewerbliche Betriebs- und Bürogebäude, Hochbauten der öffentlichen Hand.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641- 0 Zentrale
Telefax 0711/641- 24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen
und historischen Statistiken für
Baden-Württemberg, seine Regionen,
Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641- 28 33, Telefax - 29 73

Bibliothek

Die Präsenzbibliothek für alle
Telefon 0711/641- 28 76, Telefax - 29 73

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich
zu allen aktuellen Themen
Telefon 0711/641- 24 51, Telefax - 29 40

Vertrieb

Bestellung von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641- 28 66, Telefax - 13 40 62

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de